

Betreff:

Täterarbeit im Rahmen der Istanbul Konvention
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 21.06.2023 -

Antragstext:

Durch das Gesetz zu dem Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (sog. Istanbul Konvention) und dessen Inkrafttreten soll auch die sog. Täterarbeit durch vorbeugende Interventions- und Behandlungsprogramme in den Fokus gestellt werden.

Täterarbeit spielt eine entscheidende Rolle bei der Prävention und Intervention von geschlechtsspezifischer Gewalt, da sie darauf abzielt, die Verhaltensweisen und Einstellungen von Tätern zu ändern.

Erst eine kürzlich veröffentlichte Befragung zeigt auf, dass jeder dritte junge Mann in Deutschland Gewalt gegen Frauen „akzeptabel“ findet¹ - darüber hinaus melden aktuell die Bundesländer einen starken Anstieg bei der sog. häuslichen Gewalt².

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Die Beratungsstelle BIZeps, welche in Wiesbaden vor allem Männern und Jungen Beratung und Unterstützung anbietet, die Probleme mit Gewalt und Aggressionen haben, in einer der kommenden Ausschusssitzungen für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit einzuladen und ihnen hier die Möglichkeit zu geben, sich und ihre Arbeit zu präsentieren.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Organisationen und Einrichtungen in Wiesbaden mit der Durchführung der Täterarbeit beauftragt sind.
2. wie Täter in die Täterarbeit einbezogen werden. Gibt es Mechanismen für eine frühzeitige Identifizierung potenzieller Täter und eine angemessene Weiterleitung an geeignete Täterarbeit-Programme?
3. wie Täterarbeit-Programme evaluiert und überwacht werden. Gibt es Verfahren zur Bewertung der Wirksamkeit dieser Programme bei der Verhinderung wiederholter Straftaten und der Förderung eines respektvollen Verhaltens gegenüber Frauen?
4. ob es Koordinationsmechanismen gibt, um sicherzustellen, dass alle relevanten Parteien effektiv zusammenarbeiten.

¹ <https://www.tagesschau.de/studie-maennlichkeit-100.pdf>

² <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-06/haeusliche-gewalt-kriminalitaet-bundeslaender-frauen>

Antrag Nr. 23-F-22-0021
CDU, FDP

Wiesbaden, 21.06.2023

Sofia Karipidou
Frauenpolitische Sprecherin
CDU-Fraktion

Melanie Völker
Fraktionsreferentin
CDU-Fraktion

Sylvia Schob
Frauenpolitische Sprecherin
FDP-Fraktion

Jeanette Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin
FDP-Fraktion